

**Wigbert Schwenke**  
**CDU-Fraktion**

Redemanuskript zur Rechtsextremismusdebatte im Stadtrat zu Magdeburg am 15.3.2007

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren,

ich gebe zu, als ich von dem Aktuellen Debatte zum Thema Rechtsextremismus in Magdeburg erfuhr, war ich anfangs skeptisch, ich war mir nicht sicher, ob dies nicht zu einer erneuten Schädigung des Ansehens der Stadt Magdeburg beiträgt, wenn der Stadtrat sich extra mit diesem Thema beschäftigt. Wir haben nun mal durch Ereignisse in der Vergangenheit deutschlandweit, ja sogar weltweit ein großes Imageproblem. Als ich dann aber in Vorbereitung meines Redebeitrags u.a. im Internet recherchierte, konnte ich feststellen, dass die Situation in Magdeburg nicht dramatischer ist als in anderen Städten, Magdeburg ist keine rechtsextreme Stadt, aber die Situation ist auch nicht besser als anderswo. Und wenn man die Inhalte und den Jargon auf Seiten rechtsextremer Gruppierungen und Parteien liest, dann muss man schlussfolgern, dass eine Debatte hierüber gerade hier in Magdeburg sehr wohl richtig und notwendig ist. Hier und heute muss ein ganz klares Signal aus dem Stadtrat in die Öffentlichkeit gehen, dass der Magdeburger Stadtrat geschlossen gegen politischen Extremismus und vor allem gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit steht. In dieser Stadt darf sich nationalistisches Gedankengut nicht ausbreiten.

Ursache der heutigen Debatte sind ja die Ereignisse rund um das Gedenken zum 16. Januar. Diese Ereignisse zeigen, dass es immer wieder notwendig ist, zu verhindern, dass rechte Gruppierungen versuchen, die Zerstörung Magdeburgs und anderer deutscher Städte für ihre Ziele zu instrumentalisieren. Der friedliche Protest am Westfriedhof hat gezeigt, dass die Bürger Magdeburgs und Sachsen-Anhalts solche Geschichtsverfälschung ablehnen. Sicherlich hätten es noch einige Bürger mehr sein können, aber da spielte sicherlich auch die Angst vor Gewaltexzessen eine Rolle. Hier muss auch eindeutig gesagt werden, dass gewalttätige Gegendemonstrationen dem Kampf gegen Rechtsextremismus nicht nur nicht dienlich sind, sondern den Ewiggestrigen geradezu in die Händespielen, sich als disziplinierte Menschen darzustellen. Hier darf sich aber niemand täuschen lassen.

Hier muss frühzeitig Aufklärungsarbeit geleistet werden. Initiativen wie das Netzwerk für Demokratie und Toleranz und die Aktion „Hingucken – für ein demokratisches und weltoffenes Sachsen-Anhalt“ verdienen volle Unterstützung. Hier sind wir alle aufgefordert, mit offenen Augen durch unsere Stadt, unser Land zu gehen, sich mit Zivilcourage für ein friedliches Miteinander einzusetzen und extremistische Tendenzen frühzeitig zu erkennen. Wir stehen hier alle in der Pflicht. Und diese Pflicht beginnt in der Familie, sie geht über Kindergärten und Schulen bis ins Arbeits- und Wohnumfeld. Um nicht missverstanden zu werden, es geht nicht um Bespitzelung, es geht um den Mut, sich auf Diskussionen einzulassen und nicht mit der tumben Masse mediengebildete Parolen zu brüllen.

Um noch ein paar Beispiele zu nennen: Kindergärtnerinnen haben über die Bildungsprogramme gerade tolerantes Miteinander bei den Kindern zu begründen. Schulen und Lehrer haben m.E. die Pflicht demokratiestützende Projekte zu initiieren bzw. zu fördern. Und nicht wie ich es erlebt habe, hier im Rathaus als Berufsschullehrerin erstmal laut vor den Schülern über die Abzockermentalität aller Politiker herzuführen oder wie letztens passiert, bei einer Diskussionsrunde mit Landespolitikern, diesmal nicht Magdeburg, unser demokratisches System grundsätzlich in Frage zu stellen. Um auch hier keine Irritationen aufkommen zu lassen, die übergroße Mehrheit, ich denke fast alle, der Lehrer in unserem Land stehen mit Sicherheit mit beiden Beinen auf dem Boden des Grundgesetzes, doch diese beiden Ausnahmen sind Skandal genug, um hier genannt zu werden.

Und wir als Politiker, ob nun ehrenamtlich oder hauptamtlich, sind denke ich zu allererst in der Pflicht Vorbild zu sein. Dazu gehört das Verhalten in der Öffentlichkeit, aber auch eine vernünftige Streitkultur. Gerade hier scheint mir, auch manchmal hier am Stadtrat, vieles hinterfragenswert. Da sollten wir hier alle mal ernsthaft drüber nachdenken, ob die Art und Weise des Umgangs miteinander immer positiv für das Politikerbild in der Öffentlichkeit ist. Und nicht zuletzt: die Medien. Ich weiß, hier gilt oft. „Nur schlechte Nachrichten, sind gute Nachrichten“, aber ob nicht ab und an mal das halbvolle Glas mindestens genauso interessant ist wie das Halbleere sollte sich mancher Journalist auch mal fragen.

Das waren jetzt nur einige Beispiele, um aufzuzeigen, wie nah für uns selber Handlungsmöglichkeiten sind, um diese oder jene Unzufriedenheit zu relativieren, um Menschen zu motivieren und sie somit weniger empfänglich zu machen für die flachen Parolen der rechten Demagogen.

Ich will jetzt nicht noch eingehen auf die Möglichkeiten und Angebote über Vereine und Verbände, über Netzwerke, über die Vernetzung von Schule und Jugendarbeit, über Bildung und Sportvereine, über die Landeszentrale politische Bildung, über die hoffentlich entstehende Koordinierungsstelle für den lokalen Aktionsplan gegen Rechtsextremismus (dazu gibt's im nächsten JHA einen Antrag) usw. usf..

Ich will eigentlich zum Abschluss meiner Ausführungen nur nochmals darum bitten, uns und die Medien, diese Debatte heute als wichtiges und positives Signal im Kampf gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zu definieren. Dann ist mir auch um das Image meiner Heimatstadt nicht Bange.

Danke